

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 10/2018

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach

am: Mittwoch, 14. November 2018

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:27 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzende und Vorsitzender: Ortsvorsteherin Alexandra Ries und stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Kehrle, OR Dirk Müller, OR Scheuermann, OR Böhler-Friess,

OR Mächtlinger

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Maier, OR Dr. Wagner, OR Ralf Köster,

SPD: OR Pfalzgraf, OR Dr. Rausch, OR Holstein, OR Jörg Köster, OR Volz

FDP: OR Malisius, OR Dr. Eglau

FW: OR Wenzel, OR Ullrich Müller

PL: OR Yesil

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Henkel

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Rosemarie Susi (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Frau Beer (Schul- und Sportamt), Herr Backhaus (Amt für Abfallwirtschaft), Frau Stehli und Frau Susi (StADu).

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 29. Oktober 2018 Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 2. November 2018 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 1: Jahresbericht über die Durlacher Schulen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden und informiert, dass OR Henkel für die heutige Sitzung entschuldigt wäre, und dass sich die Herren Ortschaftsräte Wenzel und Maier eventuell etwas verspäten werden.

Sie steigt in die Tagesordnung ein, ruft **TOP 1** auf und informiert, dass normalerweise Frau Scheuerer den Bericht zu den Durlacher Schulen vortrage, diese sei aber leider erkrankt, weshalb Frau Beer vom Schul- und Sportamt an der Sitzung teilnehme.

Sie begrüßt daher Frau Beer recht herzlich.

Der Bericht liege den Ortschaftsräten vor. Falls Fragen bestehen sollten werde Frau Beer diese sicherlich gerne beantworten.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) fragt nach der Situation der Schule am Turmberg, da die Erich-Kästner-Schule nun vermutlich doch nicht geschlossen werden solle?

Frau Beer (SuS) antwortet, dass im Bericht der aktuelle Sachstand dargestellt wurde und dass dieser sich nicht verändert habe.

OR Dirk Müller (CDU-OR-Fraktion) fragt, ob Frau Beer zur Schule am Turmberg eine Aussage treffen könne, wie sich die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler auch aus den benachbarten Gemeinden darstellt?

Frau Beer (SuS) erläutert, dass das aus der Statistik ersichtlich wäre, die ausgeteilt wurde. Aus ihren Unterlagen könne sie diese Zahlen nicht ablesen, aber sie werde die Frage mitnehmen und die Antwort nachreichen.

Es ging darum, wie viele Schüler aus dem Umland zur Schule am Turmberg kommen?

OR Dirk Müller (CDU-OR-Fraktion) bejaht dies. Es reiche ihm, wenn sie die Zahlen nachreiche.

OR Ullrich Müller (Freie Wähler) möchte anmerken, dass man drei Schulen in Durlach habe, die sanierungsbedürftig oder räumlich zu eng wären.

Er gehe davon aus, dass in den nächsten Jahren für die Sanierung oder Erweiterung rund 40 bis 50 Mio. Euro ausgegeben werden müssen. Hier stelle sich ihm die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ein neues Gymnasium zu bauen. Man müsse doch nur noch einen geeigneten Standort finden.

Es solle nicht gekleckert werden, sondern einmal richtig Geld in die Hand genommen werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) äußert, dass man dies als Meinung so im Raum stehen lassen werde.

OR Scheuermann (CDU-OR-Fraktion) merkt an, dass man über den Schulstundenausfall viel in den Zeitungen lesen könne. Er fragt, ob es Erkenntnisse darüber gebe, wie das in Karlsruhe aussehe?

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 1: Jahresbericht über die Durlacher Schulen

Frau Beer (SuS) antwortet, dass der Schulstundenausfall Thema des Staatlichen Schulamtes wäre und nicht des Schulträgers. Man wäre Schulverwaltung und könne über diese Zahlen keine Auskunft geben.

OR Dr. Wagner (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) informiert, dass den Ortschaftsräten ein Schreiben des Leiters des Markgrafen-Gymnasiums zugegangen wäre. Es ginge hierbei um die Probleme bei der Erweiterung der Schule.
Er möchte wissen, ob es hierüber einen aktuellen Sachstand gebe?

OR Wenzel ab 17:12 Uhr anwesend.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man hier in der verwaltungsinternen Abstimmung wäre und in Kontakt mit der Schule stünde.

Frau Beer (SuS) informiert, dass sie gerade heute noch einmal nach dem aktuellen Sachstand nachgefragt habe.
Sie könne deshalb ganz aktuell darüber informieren, dass dieser sich nicht verändert habe. Der Sachstand sei so, wie im Bericht dargestellt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert weiter, dass die Gebäudewirtschaft und das Schul- und Sportamt nach diesem Brief in Kontakt mit dem Rektor stünden.

OR Dirk Müller (CDU-OR-Fraktion) möchte wissen, ob sich etwas getan habe wegen der Schlüsselverteilung der Schulsozialarbeiter in den Schulen?

Frau Beer (SuS) antwortet, dass sie diese Zahlen leider nicht parat habe. Diese müssen auch nachgereicht werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erläutert, dass man diese Frage eher an die Sozial- und Jugendbehörde weiter geben müsse. Herr Laue wäre ja heute Abend hier und solle die Frage mitnehmen und klären.
Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich herzlich bei Frau Beer.

- Klopfbeifall -

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2** auf und begrüßt hierzu herzlich den neuen Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft, Herrn Kollege Backhaus. Manch einer kenne ihn vielleicht noch aus früherer Zeit von hier und vom Amt für Abfallwirtschaft.

Jetzt zurück in Karlsruhe und auch in Durlach, herzlich willkommen. Man freue sich nun über seinen Bericht.

Herr Backhaus (AfA) bedankt sich für die lobenden Worte und begrüßt die Anwesenden.

Er wäre seit Oktober der neue Amtsleiter im Amt für Abfallwirtschaft. Es wurde gesagt, dass er nun der Dritte innerhalb drei Jahren wäre und das sei in der Tat so.

Er sehe es deshalb als eine seiner Hauptaufgaben Kontinuität und Konsolidierung in das Amt zu bringen.

Er werde heute kurz auf den jährlichen Bericht eingehen und die Themen „Anlagenverbund Ost, Sachstand – Abfalllogistik und Öffentlichkeitsarbeit“ anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) vorstellen.

Am Schluss seiner Präsentation bedankt er sich bei den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und meint, er stehe nun für Fragen zur Verfügung.

- Klopfbeifall -

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei Herrn Backhaus für seinen Vortrag. Man habe schon vor ein bis zwei Jahren gefordert, dass das große Gebiet der Nassvergärungsanlage wieder rückgebaut werde, dass dort wieder eine Wiese oder ein Acker entstehe. Man wolle nicht, dass dort Streusalz oder anderes gelagert werde. Er wolle wissen, wie die Chancen stehen, dass dort rückgebaut werde?

Dann möchte er anmerken, dass ja nur noch schwaches Gas im alten Deponiekörper, trotz der Gasbrunnen, erfassbar werde. Sowohl 50 Morgen, als auch der Rehbuckel werden schon lange durch die Stadt versorgt. Deshalb wolle er wissen, warum hier noch Geld für den Unterhalt der Leitung ausgegeben werde? Diese sei über einen Kilometer lang und müsse versorgt werden? Er wolle wissen, warum man diese noch Instand halte, warum hier noch Geld ausgegeben werde?

Dann habe Herr Backhaus in seinem Bericht mitgeteilt, dass von der Baustelle Kriegsstraße eine große Menge Aushub zwischengelagert und zur Rekultivierung verwendet werde. Es solle ja noch eine ein Meter Schicht über den Müllkörper kommen.

Hier stelle sich die Frage, wo diese große Menge zwischengelagert werde?

Herr Backhaus (AfA) antwortet zum Rückbau der Nassvergärung, dass diese mit Fördermitteln gebaut worden wäre.

Die Fördermittel beziehen sich auf die geplante Nutzungsdauer. Das erschwere einen möglichen Rückbau.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018**Protokoll zu****TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach**

Man stehe im Moment im Gespräch mit der Genehmigungsbehörde und dem entsprechenden Förderträger sowie mit dem Rechtsnachfolger des damaligen Förderträgers, wie man dies bewerkstelligen könne.

Eine für den Ortschaftsrat abschließende Antwort könne er deshalb noch nicht geben. Die Nutzung als Salzlager sei ad acta gelegt. Es stehe fest, dass das Salzlager in die Ottostraße 21 verlegt werde.

In der Zwischenzeit gebe es unschädliche Nutzungen, denn die Fläche wäre ja da und betonierte.

Durch den Neubau in der Ottostraße müsse im Moment die Behälterwerkstatt bzw. das Behälterlager weichen. Ob man interimsmäßig die Flächen für das Abstellen von Behältern nutzen könne, wäre jetzt erst mal ein mögliches Szenario, d.h. man werde die Flächen dort nutzen, aber unschädlich.

Man werde dabei auf jeden Fall auf die Anwohner Rücksicht nehmen.

Zur zweiten Frage möchte er sagen, dass das mit dem Schwachgas in der Tat ein Problem sei. Es gebe hier einen Vertrag zwischen den Stadtwerken und der Stadt Karlsruhe. Man sei im Moment mit den Stadtwerken dabei, entsprechende Lösungen zu finden. Die Probleme, wie sie eben geschildert wurden, dass etwas gebaut wurde, was nicht genutzt werden könne, wo aber Kosten entstehen oder entstehen könnten, diese Probleme versuche man in Gesprächen mit den Stadtwerken zu lösen. Da die Gespräche noch am Laufen wären, könne er aber hier nicht ins Detail gehen.

Zum letzten Thema könne er sagen, dass es sich hier um keine großen Mengen handle. 40.000 cbm wären geringe Mengen. Spreche man von großen Mengen fangen diese bei 250.000 cbm an.

Für die genannte Menge habe man genügend Platz auf dem Deponiekörper. Ein Teil des Deponiekörpers müsse ja noch rückgebaut werden. Man nutze quasi diesen Teil als Zwischenlagerstelle.

Da es sich bei diesem Material um nicht verschmutztes oder kontaminiertes Material handle biete es sich quasi an, dieses beim Einbau, bzw. Rückbau zu verwenden. Hier habe man ein entsprechendes Ingenieurbüro beauftragt, eine Lösung zu finden, dass man das gut abwickeln könne.

Er fragt Herrn OR Malisius, ob damit seine Fragen ausreichend beantwortet wären?

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) bejaht die Frage.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) äußert, dass das Amt für Abfallwirtschaft den Vereinen Kooperationsverträge zur Durchführung von Altpapiersammlungen angeboten habe.

Um dieses Angebot wäre es nun etwas leise geworden, weshalb er frage, ob dieses Angebot noch bestehe?

Zum anderen wolle er wissen, wie es mit dem Altpapierpreis stehe und ob es hier einen städtischen Zuschlag für einen Garantiepreis gebe?

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach

Herr Backhaus (AfA) fragt bei OR Dr. Rausch nach, ob er hier die gemeinnützigen Altpapiersammlungen der Vereine meine?

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) bejaht dies.

Herr Backhaus (AfA) äußert, dass man in der Tat, nach wie vor, zu dem Angebot stehe.

Falls bei ihnen Verträge geschlossen wurden, wo der entsprechende Partner zu seinen Preiszusagen nicht mehr stehen sollte, von solchen Fällen wisse man, sei man gerne bereit, diese mengen zu übernehmen für den Preis, den man vom Entsorger bekomme. Es gebe aber auch das Modell, da man ja vertraglich gebunden wäre, dass man vom Vertragspartner die Mengen abnehmen lasse und man müsse dann darüber reden, ob die Stadt dann den Unterschiedsbetrag erstattet. Da müsse man im bilateralen Gespräch das ausloten wie man das bewerkstelligen könne.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) möchte noch wissen, ob das bedeute, dass die Stadt bzw. das Amt für Abfallwirtschaft keine neuen Verträge mehr abschließt oder behalte man dieses Modell bei?

Herr Backhaus (AfA) informiert, dass bisher kein Verein einen Kooperationsvertrag mit der Stadt abgeschlossen habe.

Das Angebot bestehe, man müsse sich nur über die Bedingungen einigen.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchte zum Thema Gas wissen, ob kein Gas mehr durch die Vergärung produziert werde? Lohne sich die Beheizung der Anlagen im Fünfzig Morgen nicht mehr? Werden diese deshalb an die Fernwärme angeschlossen? Dann möchte er noch wissen, ob die Behälter, die bei der Präsentation vorgestellt wurden (30.363,00 für Papier), ob diese stadtweit für Karlsruhe oder nur für Durlach wären? Für Durlach komme ihm das viel vor, hingegen wäre die Anzahl für Karlsruhe, seiner Meinung nach, sehr gering.

Herr Backhaus wäre nun ja neu beim Amt für Abfallwirtschaft und habe die Werbung nicht mitgestaltet. Seiner Meinung nach sei die Werbung des AfA's speziell für kleine Kinder gestaltet, dabei wäre ja gerade die Trennung beim Sperrmüll eine ernste Sache. Er möchte deshalb wissen, ob die Werbung bewusst so gestaltet werde?

Er meint, die Werbeaussagen müssten drastischer gestaltet werden, dass Schmutz und Dreck störend wären. Ein solches Thema dürfe nicht verharmlost werden.

Herr Backhaus (AfA) berichtet, dass die Anlage, die momentan da wäre, für die schwächere Gasausbeute ungeeignet wäre, d.h. es müsste eine schwächere Anlage installiert, bzw. diese reduziert werden. Dann könnte man auch das schwächere Gas noch weiter verarbeiten. Da sei man im Moment in der Klärung mit den Stadtwerken, wie man das am besten hinbekomme.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach

Das hätte in der Vergangenheit schon geklärt werden müssen. Er könne nun aber nicht für die Versäumnisse seiner Vorgänger die Hand ins Feuer legen.

Es werde aber eine Lösung geben, die die zwei Wohngebiete mit Fernwärme versorgen. Wie gesagt, wäre man hier im Gespräch mit den Stadtwerken.

Die angesprochenen Behälter seien in der Tat für den Bereich Durlach zu viel, das wurde richtig erkannt. Das sei die Anzahl für die Gesamtstadt.

Die Werbekampagnen sehe er wie Herrn Ortschaftsrat Wenzel. Es liege in der Tradition des AfA's, die jüngeren Generationen anzusprechen. Das sei auch Kalkül, denn hier gehe es darum, dass Kinder Bestandteil der Haushalte wären.

Die Kinder wären die Erwachsenen der Zukunft und man müsse diese so erziehen, dass sie von klein auf den richtigen Umgang mit dem Abfall lernen und auch entsprechend verantwortlich damit umgehen.

Das Thema werde von Tag zu Tag wichtiger, weil die Ressourcen insgesamt immer knapper werden. Die Anzahl der Haushalte, bzw. Menschen nehme zu, weshalb es wichtig wäre, die Kinder anzusprechen.

Er nehme das aber als Vorschlag mit, verstärkt die Erwachsenen anzusprechen.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) möchte noch zum Zwischenlager für den Aushub der Kombilösung wissen, ob das bedeute, dass die dort eingelagerte Menge nun wieder ganz für die Zuschüttung des Tunnels, also für die Abdeckung benötigt werde, oder bleibe da etwas übrig?

Aus der Wertstofftonne fallen ja Wertstoffe wie Holz, Metall vor allem aber auch Kunststoff an und sicherlich auch einiges, was überhaupt nicht mehr verwertbar wäre.

Er habe nun schon mehrfach der Presse entnommen, dass es Personen bei der Stadt gebe, die behaupten, dass sämtliche aussortierten Kunststoffe in Wössingen, in der Zementfabrik, verbrannt werden? Nun wolle er wissen, ob das stimme, dass das dort verbrannt werde und wieviel das ungefähr wäre, von dem was bei uns aussortiert werde?

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass man wegen der Menge des Aushubs bei der KASIG nachfragen müsse, denn nur diese könnten darüber genaue Auskünfte geben.

Der ca. 40.000 cbm schwere Aushub, den man von der Baustelle habe, werde auf der ehemaligen Deponie Ost zwischengelagert.

Wie er vorhin schon ausgeführt habe, schaue man, dass man diesen für die Nachsorge verwenden könne. Wie viel davon genutzt werden könne sei Aufgabe des Ingenieurbüros, welches man dafür beauftragt habe, dies zu berechnen. Was übrig bleibt, müsse die KASIG zurück nehmen. Was diese mit dem Material machen, könne er nicht sagen. Bei der Wertstofftonne müsse man unterscheiden, über was man rede. Alle Abfälle in Deutschland werden durch den § 5 der 17. Bundesimmissionsschutzverordnung geregelt. Dort stehen genau die Werte, die eingehalten werden müssen.

Verbrennungsanlagen dürfen nur Abfälle übernehmen, die diese Werte momentan erfüllen.

Es wäre nicht umweltschädlich, würde eine Zementfabrik Kunststoffe verbrennen. Das wäre bekannt uns sei auch nicht umweltschädlich. Diese Fabriken müssen natürlich die vorgegebenen Werte einhalten.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018**Protokoll zu****TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach**

Der Wertstoffanteil, welcher durch die Presse kolportiert werde, betreffe die sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen. Geregelt werde die gesamte Wertstoffgeschichte über die Verpackungsverordnung, die noch bis 31.12.1018 gelte. Danach werde dieses ab dem 01.01.2019 durch das Verpackungsgesetz abgelöst. Diese Verordnung regelt die Übernahme der sogenannten Leichtverpackungen, also all das, was man im Supermarkt kaufe. Dafür bezahle man etwa einen halben oder ein drittel Cent und zwar vorab für die Verwertung. Das laufe alles über die dualen Systeme, welche im Moment durch zehn Firmen koordiniert und gesteuert werde.

Hätte er gewusst, dass man sich dafür interessiere, hätte er die Zahlen mitgebracht. Diese könne er aber auch nachliefern.

Es habe in 2016 eine Sortieranalyse gegeben, wo man den genauen Anteil der LVP's oder bzw. das was die dualen Systeme bezüglich des Inhalts der Karlsruher Wertstofftonne verantworten müssen, ablesen könne.

Was könne man dem städtischen Anteil zurechnen? Dies habe man in der Präsentation sehen können, das wären knapp 22 t in der Gesamtmenge aus 2017.

Aber wie schon erwähnt, könne er die genauen Zahlen hierüber auch nachliefern.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) äußert, dass er nun sehr viel erfahren habe, außer der Antwort auf seine Frage, was mit den Plastikteilen aus der Wertstofftonne passiere? Wisse das nur die Firma ALBA?

Herr Backhaus (AfA) möchte hierauf noch kurz antworte.

Man habe eine Rückfrage bei dieser Firma gestellt. Die Firma ALBA führe diese Stoffe über ihre Kontingente den Abfallverbrennungsanlagen in Mannheim und Herten (Ruhrgebiet). Gewisse Mengen gehen auch an Zementfabriken.

Teile der DSD-Menge werden auch stofflich verwertet. Nach Aussage der Firma ALBA wären das sogar ca. 40 % der DSD-Menge (Leichtverpackungen).

OR Pfalzgraf (SPD-OR-Fraktion) habe keine Frage, sondern eine Anregung bezüglich der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Situation wäre doch diese, dass unser Abfallhaushalt ein Gebührenhaushalt sei. Das heiße die Kosten werden auf den Kunden, auf den Bürger umgelegt.

Es habe sich aber gezeigt, trotz aller Werbung, die er übrigens gut finde und unterstütze, dass es aber nicht gelungen wäre, die Öffentlichkeit davon abzuhalten, zu viel Papier oder überhaupt Papier in die rote Tonne zu werfen.

Das wirke sich auf die Sortierkosten aus und hier rede man über Millionenbeträge.

Deshalb rege er bei der Öffentlichkeitsarbeit an, dies darzustellen. Wieviel Mehrkosten kommen auf einen Haushalt zu, allein durch diese Fehleinwürfe.

Werfe man das Papier in die blaue Tonne verursache man keine Mehrkosten, da dieses nicht sortiert werden müsse.

Kosten fallen ja nur für die graue Tonne an. Alle anderen Tonnen sind im Grunde genommen gebührenfrei.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018**Protokoll zu****TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach**

Aber, das Gesamtpaket, die Gesamtkosten entstehen durch die Sortierung. Schlüssle man dieses nun auf und stelle es in einer Werbekampagne dar, wäre er überzeugt, dass das helfen würde.

Der Nutzer müsse nur deshalb mehr bezahlen, weil er nicht in der Lage sei, das Papier entweder den Vereinen zu geben oder dieses in die blaue Tonne zu werfen. Da könnte eine Menge Geld gespart werden.

Im Moment habe er den Eindruck, dass dies in der Öffentlichkeit nicht so bekannt oder bewusst wäre.

Herr Backhaus (AfA) antwortet, das sei bei der Wertstofftonne relativ einfach, denn dies sei nicht gebührenfähig.

Alle zusätzlichen Kosten, die deshalb entstehen weil die Bürgerinnen und Bürger nicht richtig mit dem Abfall umgehen, müssen aus dem Steuerhaushalt bezahlt werden.

Diese werden also nicht aus dem Gebührenhaushalt bezahlt, sondern belasten die Stadt zusätzlich.

Steuerbare Kostensenkungspotentiale bestehen z. B. bei der Benutzung der Biotonne.

Hier habe man zusätzliche Kosten, die beim Einbringen von Störstoffen entstehen und diese wären auch gebührenfähig.

Im nächsten Jahr habe man aber vor, solche Themen mit Öffentlichkeitsaktionen den Bürgern näher zu bringen.

OR Holstein (SPD-OR-Fraktion) meint, man habe ja zwei Möglichkeiten seinen Sperrmüll zu entsorgen. Einmal den Sperrmüll-Termin und dann den Sperrmüll auf Abruf. Sie finde das sei ein guter Service, den das AfA hier anbiete. Sie wolle wissen, was mehr bevorzugt werde?

Herr Backhaus (AfA) informiert, dass der Sperrmüll-Termin bevorzugt werde, denn da müsse der Bürger nichts organisieren. Er müsse nur auf den Termin warten und seinen Sperrmüll auf die Straße stellen.

Allerdings wäre dies der teurere Weg. Würde man den Sperrmüll auf Abruf einheitlich einführen, wie das vor Jahren geplant gewesen wäre, würde sich das positiv auf die Abfallkosten auswirken.

OR Ullrich Müller (Freie Wähler-OR-Fraktion) erklärt, dass er noch eine Frage zur Deponie Ost habe.

Könne da Sickerwasser in den Untergrund gelangen?

Man gebe sich ja viel Mühe mit der Müllentsorgung, aber gebe es auch Einflussmöglichkeiten, dass Müll erst gar nicht entsteht? Er denke da an den Verpackungsmüll, der in den Supermärkten produziert werde. Könne man hier über den Verband etwas erreichen?

Herr Backhaus (AfA) antwortet, dass er ausschließen könne, dass Sickerwasser in den Untergrund gelange.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach

Blatt 7

Man versuche entsprechende Aktionen zu veranstalten, um Müll zu vermeiden. Natürlich gebe es Verbände, die in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung diskutieren, um auf den Handel entsprechend einzuwirken, dass der Umfang der Umverpackung minimiert werde.

Als Stadtverwaltung habe man wenige Möglichkeiten. Man könne z. B. auf öffentlichen Festen eine entsprechende Order auszugeben, dass z. B. Mehrweggeschirr verwendet werden solle, oder ähnliches. Mehr Gestaltungsmöglichkeiten habe man hier allerdings als Stadtverwaltung nicht.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) möchten noch den grünen Punkt ansprechen. In den Medien könne man immer wieder lesen, dass der grüne Punkt eine Belastung für die Kommunen darstellt, weil es nicht überall funktioniere.

Herr Backhaus (AfA) antwortet, der grüne Punkt wäre das Duale System Deutschland GmbH und dies wäre das ursprüngliche duale System.

Momentan habe man zehn solcher Systeme. Diese finanzieren sich allein durch die lizenzierten Verkaufsverpackungen, sprich das was der Verbraucher (ca. 1/3 Cent pro Verpackung) beim Kauf schon für die Entsorgung bezahlt. Die wiederum machen das über den gelben Sack oder über die gelbe Tonne.

Momentan habe man in Karlsruhe eines von drei Sondersammelsystemen innerhalb von Baden-Württemberg. Für die Stadt Karlsruhe wäre das eine schwierige Situation, da der gelbe Punkt, der grüne Punkt und die dualen Systeme die Lizenzentgelte von den Handelsunternehmen oder der entsprechenden Industrie bekomme.

Die gesamte Bundesrepublik wäre in sogenannte Entsorgungsgebiete unterteilt. Private Entsorgungsunternehmen tun sich aber seit Jahren schwer, mit Stadtverwaltungen, die eine eigene Abfallwirtschaft haben, zusammen zu arbeiten.

Diese haben nun den Vertrag mit der Stadtverwaltung gekündigt, man wäre also seit dem 01.01.2018 vertragslos und bekomme deshalb keinen Anteil an den Lizenzentgelten.

Man müsse deshalb den Anspruch über den gerichtlichen Weg einklagen, versuche aber mit den dualen Systemen ins Gespräch zu kommen. Hier müssen noch viele Gespräche geführt werden und es komme darauf an, was bei diesen Gesprächen erreicht werden könne.

OR Maier ab 17:56 Uhr anwesend.

Übergabe des Vorsitzes an den stellvertretenden Ortsvorsteher Martin Pötzsche.

OR Wenzel (Freie Wähler-OR-Fraktion) fragt, ob er das richtig verstanden habe, dass man eine Leistung bringe, für etwas, wo man kein Geld bekomme, weil man nicht in einem System wäre?

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 2: Jahresbericht über die Abfallwirtschaft Durlach

Er werde jetzt einmal provokativ und meint, wenn er also etwas in einem Diskounter einkaufe und lasse die Verpackung dort, weil ja die Stadt dafür kein Geld bekomme. Dann müssen diese quasi die Verpackung theoretisch zurück nehmen? Da man ja keinen gelben Sack und auch keinen Ansprechpartner habe, die Stadt vertragslos wäre, wäre ja dann der Diskounter der entsprechende Vertragspartner?

Herr Backhaus (AfA) verneint dies.

Sie haben letztendlich als Endkunde automatisch einen Vertrag mit den dualen Systemen geschlossen, nicht mit dem jeweiligen Handelsunternehmen.

Das mache die Sache noch komplizierter.

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich bei Herrn Backhaus für die ausführlichen Antworten.

Er stelle fest, dass das Interesse an der Abfallwirtschaft im Ortschaftsrat Durlach recht groß wäre und wünscht Herrn Backhaus noch einen schönen Abend.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 3: Jahresbericht über die Durlacher Friedhöfe

Blatt 1

Der Vorsitzende (stellvertretender Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 3** auf und begrüßt hierzu Frau Stehli vom Stadtamt Durlach. Wenn er es genau wisse, dann wäre dies der erste Bericht von Frau Stehli vor dem Ortschaftsrat Durlach.

Frau Stehli (StaDu) begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Einladung. OR Pötzsche habe es richtig festgestellt, es sei ihr erster Bericht vor dem Ortschaftsrat. Sie habe im Januar dieses Jahres die Friedhofsverwaltung übernommen und arbeite sich seit dieser Zeit in die doch recht umfassende Materie der Friedhofsverwaltung ein. Sicherlich wäre es auch für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Friedhöfen eine Umstellung sich auf sie und ihre neue Arbeitsweise einzustellen.

Übergabe Vorsitz an Ortsvorsteherin Alexandra Ries.

Sie stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage) den Abteilungsbericht der Friedhofsverwaltung vor. Am Ende der Präsentation äußert sie, dass sie nun auf Fragen antworten werde.

- Klopfbeifall -

OR Dr. Eglau (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich bei Frau Stehli für den informativen Vortrag. Er glaube, dass sich der Durlacher Friedhof in einem sehr guten Zustand befindet, vor allem nach der Renovierung.

Man kenne aus den südlichen Ländern und auch aus Deutschen Großstädten gebe es Kolumbarien. Warum wird das auf dem Durlacher Friedhof nicht gemacht? Es gebe viele Angehörige, die kein Geld für die Grabpflege haben, oder sie wohnen nicht mehr hier, sind im Ausland. Da wäre das doch eine gute Lösung.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, die Nachfrage nach einem Kolumbariumsplatz in Durlach wurde, seit sie dieses Amt übernommen habe, erst einmal gestellt. Das Kolumbarium der Stadt Karlsruhe befinde sich auf dem Hauptfriedhof und hier dürfe jeder aus dem Stadtgebiet bestattet werden. Ihres Wissens sei es nicht geplant in Durlach ein Kolumbarium einzurichten.

OR Ullrich Müller (Freie Wähler-OR-Fraktion) bedankt sich für den informativen Vortrag. Man setze in letzter Zeit Arbeitsfahrzeuge mit Elektroantrieb ein. Es würde ihn interessieren, ob dies wirtschaftlicher wäre und wie zufrieden man damit sei.

Frau Stehli (StaDu) äußert, dass man ihres Wissens nur ein Elektrofahrzeug habe. Damit transportiere man die Särge. Sie denke dass sei mehr die Frage wegen des Geräuschpegels bei einer Trauerfeier. Ob es energieeffizienter wäre als ein diesel- oder benzinbetriebenes Fahrzeug wäre könne sie nicht sagen. Ihres Wissens wären die Kollegen mit dem Fahrzeug sehr zufrieden, mehr könne sie dazu nicht sagen.

OR Scheuermann (CDU-OR-Fraktion) möchte für den Friedhof Aue sprechen.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 3: Jahresbericht über die Durlacher Friedhöfe

Blatt 2

Seines Wissens solle in 2020 und 2021 Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Die Rohrleitungen machen hier viel Ärger und man habe in den letzten zwei Jahren drei Rohrbrüche gehabt.

Es würde ihn interessieren, ob diese im Zuge der Sanierung komplett ausgetauscht werden, oder ob nur diese nur ausgetauscht werden, wo auch die Wege saniert werden.

Frau Stehli (StaDu) antwortet, dass sie dazu nicht viel sagen könne, da sie bei der Erstellung der Haushaltspläne nicht dabei gewesen wäre. Auch wäre ihr nicht bekannt, dass in 2020 und 2021 so große Sanierungsarbeiten geplant wären.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert, dass IP-Mittel vorgesehen wären. Diese würden aber sicherlich nicht für eine Komplettsanierung der Rohre ausreichen. Man werde dort austauschen, wo die Wege saniert werden. Soviel könne sie dazu schon sagen.

Man habe intensive Begehungen auf dem Friedhof Aue gemacht und dabei festgestellt, dass das eine oder andere gemacht werden müsse. Insgesamt aber wäre der Friedhof Aue in einem vorzüglichen Zustand im Vergleich zu anderen städtischen Friedhöfen.

OR Dr. Puzicha-Martz (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) möchte zu der Gestaltung der Grabmale wissen, wer diese macht und wie diese zustande kommen?

Frau Stehli (StaDu) äußert, dass es eine Landschaftsgestalterin auf dem Hauptfriedhof in Karlsruhe gebe, die für diese gestalterischen Elemente der Stadt zuständig wäre. Es liege in den Händen dieser Dame die Gestaltung der Friedhöfe festzulegen und wie es auszusehen habe.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) stellt fest, dass Herr Spelter, der Vorgänger von Frau Stehli versprochen habe, dass falls Gräber abgeräumt werden, zeittypische Grabmale konserviert oder aufgehoben werden.

Er möchte wissen, ob das weiter so gehandhabt werde?

Frau Stehli (StaDu) antwortet, dass Gräber die aus kulturellen oder politischen Gründen einen großen Wert darstellen, dass diese Gräber weiterhin erhalten werden. Sie habe keine Bestrebungen dagegen etwas zu unternehmen.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) meint, er habe nicht die Gräber, sondern die besonderen Grabsteine gemeint.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass das Frau Stehli das so als Anregung mitnehmen werde. Das werde weiter so gehandhabt wie bisher, da werde sich durch Frau Stehli nichts ändern.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 3: Jahresbericht über die Durlacher Friedhöfe

OR Griener (CDU-OR-Fraktion) möchte nachfragen, ob er Frau Stehli richtig verstanden habe, dass sich das Friedhof- und Bestattungsamt dafür entschieden habe, Flächen außerhalb von Friedhöfen anzubieten?

Sie habe vorhin in ihrem Bericht die Gemarkung Hohenwetttersbach genannt. Das würde genau dem Antrag entsprechen, den seine Fraktion vor einigen Monaten gestellt habe und den Herr Vogel mit aller Vehemenz abgelehnt habe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass sie sich erinnere, dass Herr Vogel dies nicht abgelehnt, sondern als Anregung mitgenommen habe.

Sie bitte aber darum, da dies erst im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen diskutiert werde, dass man die Entscheidung dieses Ausschusses abwarten solle.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich herzlich bei Frau Stehli und ihren Kolleginnen und Kollegen sowie bei Herrn Wintermeyer, der wie Frau Stehli berichtete, sie fachlich unterstütze.

Man sehe, dass es bei der Wegesanierung deutlich vorangehe und das sei sicher auch der Verdienst von Frau Stehli, da sie dies entsprechend einfordert. Ein guter Start.

- Klopfbefall -

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 4: Erweiterung Tempo 30 in der Grötzinger Straße

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am: 14.10.2018

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4** auf.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) bemerkt, dass er sich so einiges frage, wenn er die Stellungnahme lese. Das wäre aber nichts, was man als Fragestellung an die Verwaltung richten könne. Man habe die Antwort fast schon erwartet. Es gebe dazu nichts Weiteres zu sagen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt fest, auch für alle, die nicht im Ausschuss II vertreten wären, dass man sich das Thema Tempo 30 Zonen im Ausschuss II am 21.11.2018 vorstellen lassen wolle. Dies für das gesamte Gremium zur Kenntnis.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 5: Wechselkrötenvorkommen im Säuterich

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am: 26.10.2018

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5** auf.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, dass man aus der Antwort herauslesen könne, dass es hier schon so eine Art Artenschutzgutachten gebe, wie man dies schon von der Unteren Hub erhalten habe. Nun wolle er wissen, ob dieses Gutachten schon fertig wäre, oder ob es kurz vor der Präsentation stehe?

Dann gehe aus der Antwort hervor, dass davon geredet werde, dass als Mindestmaßnahme, was gerade die Wechselkrötenvorkommen anlangt, eine Umsiedlung vonstattegehen müsse, wenn man auch an dieser Stelle bauen wolle. Das sei ja im Prinzip in der Mitte im künftigen Baugebiet und da werde von einer Vorlaufzeit von zwei Jahren gesprochen, wo man diese Ersatzhabitats schaffen müssen.

Da die Bauarbeiten hierfür noch nicht begonnen wurden, hätte man gerne gewusst, ob dies nun den Baubeginn deutlich verzögert?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint, dass normalerweise zu Anfragen keine Ämtervertreter zum Ortschaftsrat kommen. Heute ist aber Herr Hacker anwesend. Sie fragt ihn, ob er die Fragen beantworten könne und bittet ihn an das Mikrofon.

Herr Hacker (UA) begrüßt die Anwesenden und erklärt, dass man mit den Wechselkröten eine streng geschützte Art habe, die in ihrem Bestand durch die Planung bedroht werde. Der beauftragte Gutachter habe zwischenzeitlich einige Flächen als Optionsflächen ausgewiesen, in denen man möglicherweise Maßnahmen zur Biotopereinrichtung durchführen könne. Hintergrund wäre dieser, dass bei streng geschützten Arten oder bei Verlusten von Lebensräumen für streng geschützte Arten eine sogenannte CEF-Maßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahme) durchgeführt werden müsse, d.h. es müssen neue Biotope geschaffen werden, die zum Zeitpunkt des Eingriffs auch funktionsfähig vorhanden sein müssen.

Man könne also nicht erst einen Eingriff machen und danach beginnen einen Ersatzraum zu suchen.

Man habe enorme Schwierigkeiten damit, geeignete Flächen zu finden. Es müssen teilweise Privateigentümer angesprochen werden, ob diese ihre Grundstücke dafür zur Verfügung stellen. Es gebe Nutzungskonkurrenzen mit anderen Ausweisungen und da kämpfe im Moment das Liegenschaftsamt darum, dem Umweltamt einen Vorschlag machen zu können, welche Fläche aus Sicht des Liegenschaftsamtes in Betracht kommt.

Das Umweltamt werde diese Fläche dann beurteilen und infolge dessen, wenn eine solche Fläche identifiziert werde, müsse der Gutachter noch einmal Vorschläge machen, wie diese Fläche konkret ausgestaltet werden müsse, um als Lebensraum für die Wechselkröte zu funktionieren.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 5: Wechselkrötenvorkommen im Säuterich

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am: 26.10.2018

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) fragt, ob sie hier heraushöre, dass das Artenschutzgutachten noch nicht fertiggestellt wurde?

Herr Hacker (UA) antwortet, dass man im Moment zwei Gutachten vorliegen haben. Diese stammen aus dem Jahr 2014. Er habe gedacht, dass diese schon kommuniziert wurden? Falls diese aber noch nicht bekannt wären, könne man diese noch vorstellen. In diesen Gutachten wäre die Populationsmenge noch kleiner, als man dies im Nachhinein festgestellt habe. Damals, im Juli 2014 wurde von einer vorgefundenen Menge von 15 erwachsenen Wechselkröten berichtet oder festgehalten. Zwischenzeitlich wisse man, dass man 50 Wechselkröten festgehalten habe. Rechne man dies hochqualifiziert hoch, komme man auf die in der Stellungnahme genannte Populationsgröße von 200 oder 300 erwachsenen Tieren.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) meint er wundere sich, dass gerade die Grünen-Fraktion diesen Antrag gestellt habe, denn diese haben überhaupt das Baugebiet erst ins Gespräch gebracht. Es wäre doch klar, dort wo ein neues Baugebiet entstehe, müssen auch die Kröten weichen. Insofern frage er sich, warum nun dieses Theater.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

Sie schlägt Herrn Hacker vor, dass man in eine der nächsten Sitzungen das Gutachten vorstellen sollte, oder werde zu diesem Thema etwas in der Bürgervorstellung erläutert?

Herr Hacker (UA) antwortet, dass bisher in der Bürgervorstellung das Thema Naturschutz nicht zur Diskussion stand. Man sei in diesen Bürgervorstellung überhaupt nicht präsent.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) schlägt vor, dass man dies ja dann im Ortschaftsrat vorstellen könne. Da habe auch jeder Bürger die Möglichkeit sich dies anzuhören.

Herr Hacker (UA) ist damit einverstanden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Hacker und meint, dass sie es toll fand, dass er heute Abend zum Ortschaftsrat gekommen wäre und gleich auch die Fragen beantwortet habe.

- Klopfbeifall -

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 6: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6** auf und informiert, dass man folgende Stellungnahmen ausgelegt habe:

- Stellungnahme vom Stadamt Durlach, Abt. Gartenbau zur Wortmeldung von OR Scheuermann zum Thema Dreck auf dem Spielplatz der Feuerwache, Mountainbiker und Saufgelage im Schlossgarten und zur Wortmeldung von OR Henkel zum Thema gefällte Kiefer im Bergwald,
- Stellungnahme des Stadtplanungsamtes zu den Fragen von OR Köster und Pötzsche zum Thema Straßenraum
und
- Stellungnahme des Zentralen Juristischen Dienstes, Denkmalschutzbehörde zur Wortmeldung von OR Ralf Köster zum Thema Abbruch von Gebäuden innerhalb der denkmalgeschützten Gesamtanlage.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14. November 2018

Protokoll zu

TOP 7: Mündliche Anfragen

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 7** auf.

OR Scheuermann (CDU-OR-Fraktion) bemerkt, dass er eigentlich keine Frage stellen wollte, aber nach dem er in den Mitteilungen keine Antwort auf seine Frage nach der im Herbst geplanten Blitzeranlage am Ausgang von Durlach vorliege, wolle er das noch einmal ansprechen, wann denn dieser Blitzer aufgestellt werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) informiert, dass hier die Antwort heute eingegangen wäre. Die Maßnahme solle demnächst umgesetzt werden. Diese habe sich aufgrund von Lieferschwierigkeiten verzögert, es werde aber erledigt und wurde noch einmal zugesagt.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen-OR-Fraktion) meint, er habe irgendwo gelesen, das die Stadt Karlsruhe mit der Umsetzung der Gehweg-Parken-Maßnahme im Oktober 2018 beginnen werde und auch mit dem Einzeichnen der Stellplätze. Er habe aber bisher davon nichts wahrnehmen können. Nun wolle er wissen, ob sich die Maßnahme verzögert?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) äußert, dass man da beim Fachamt nachfragen müsse, wann diese mit der Maßnahme konkret beginnen.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest, bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 18:27 Uhr.

Die Vorsitzende:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

Die Urkundsbeamten:

.....
OR Scheuermann
(CDU-OR-Fraktion)

Die Protokollführerin:

.....
OR Dr. Wagner
(B'90/Die Grünen-OR-Fraktion)

.....
Frau Susi, StaDu